

Antrag für Arbeitgeber

auf Erstattung des Verdienstausfalls nach § 56 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Verbindung mit §§ 30 ff IfSG.

Mit diesem Antrag können Sie die Erstattung von Entschädigungen beantragen, die Sie an Ihre Arbeitnehmer geleistet haben. Dafür muss Ihr Arbeitnehmer einen Verdienstausfall erlitten haben, weil er aufgrund einer behördlichen Anordnung oder aufgrund einer Rechtsverordnung des Landes seine Tätigkeit nicht mehr ausüben durfte.

Bitte beachten Sie, dass Sie Anträge nur rückwirkend stellen können.

Unter anderem bestehen folgende Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine Entschädigung:

- Eine behördlich angeordnete Absonderung (Quarantäne) gemäß § 30 IfSG, eine Pflicht zur Absonderung aufgrund einer Rechtsverordnung des Landes gemäß § 32 IfSG oder ein Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot nach § 31 IfSG.
- Der Antrag auf Entschädigung muss innerhalb von zwei Jahren nach Beginn des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots oder nach Ende der Absonderung gestellt werden.
- Keine Erkrankung oder Arbeitsunfähigkeit während der Absonderung oder des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots.

Zur Prüfung und Bearbeitung dieses Antrags **müssen** folgende Unterlagen mit eingereicht werden:

- Gehaltsabrechnungen des Monats/der Monate, in denen die Absonderungspflicht oder das Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot bestand, sowie die Gehaltsabrechnungen der beiden Vormonate.
- Nachweis über die behördliche Anordnung der Absonderung oder des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots

Bitte füllen Sie den Antrag vollständig aus. Grundsätzlich sind alle Angaben Pflichtfelder. Ausnahmen sind entsprechend gekennzeichnet. Soweit einzelne Angaben fehlen, ist der Antrag unvollständig und kann nicht bearbeitet werden.

Sie können uns den Antrag postalisch zukommen lassen (Adresse s. o.), oder Sie senden ihn per E-Mail an: 58entschaedigungen@mannheim.de

Antragstellende

☐ Firma

☐ Antragstellende Person

Name

Adresse (Straße, PLZ, Ort)

Telefon-Nr.

E-Mail

Steuernummer

Bankverbindung

Eine Zahlung ist nur an eine deutsche Bankverbindung möglich

Name der Bank

BIC

IBAN

Nur falls abweichend vom Antragstellenden: Kontaktperson für Rückfragen

Anrede

Name

Vorname

Telefon-Nr.

E-Mail

Handelt es sich bei der Kontaktperson um eine bevollmächtigte Person?

*Wenn Sie den Antrag im Auftrag des Arbeitgebers stellen (z.B. als Steuerberater*in), dann beantworten Sie diese Frage mit „Ja“. In diesem Fall wird als Nachweis eine Vollmacht benötigt.*

☐ Ja ☐ Nein

Adresse der bevollmächtigten Person

Bescheide und sonstige Korrespondenz werden an diese Adresse versandt.

Arbeitnehmer (AN)

Anrede

Name

Vorname

Geburtsdatum

Adresse

Steuer-ID (AN)

Steuerklasse (AN)

In welcher Betriebsstätte ist der Arbeitnehmer tätig?

Unternehmenssitz ☐

Niederlassung (Adresse)

Absonderung/Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot/

Liegt eine personenbezogene behördliche Anordnung vor?

☐ Ja ☐ Nein

Von welcher Behörde wurde die Absonderung, das Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot angeordnet?

Bitte nennen Sie den vollständigen Behördennamen

Zeitraum (von–bis)

Ich bestätige, dass der vorgenannte Arbeitnehmer während der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots keine Möglichkeit hatte, die Arbeit von zuhause auszuüben.

☐ Ja ☐ Nein

Bestand Anspruch auf eine Lohnfortzahlung nach § 616 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch)?

☐ Ja ☐ Nein

Bei Angabe „Nein“ fügen Sie dem Antrag bitte entsprechende Nachweise bei (Arbeitsvertrag, Manteltarifvertrag, etc.).

Bestand Anspruch auf Lohnfortzahlung nach § 19 BBiG, weil der Arbeitnehmer in Ausbildung war?

☐ Ja ☐ Nein

War der Arbeitnehmer während des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots arbeitsunfähig erkrankt?

☐ Ja ☐ Nein

Falls „Ja“, vom

bis zum

Entschädigung

Um die Entschädigungshöhe zu ermitteln, sind die folgenden Angaben erforderlich:

1. Monat

*(der Absonderung, des
Beschäftigungsverbots/
Tätigkeitsverbots)*

Bitte geben Sie den Bruttolohn an, auf den der Arbeitnehmer in diesem Monat ohne Absonderung, Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot Anspruch gehabt hätte (Bruttosollentgelt).

Falls der angegebene Bruttolohn vom durchschnittlichen Lohn der beiden letzten Monate vor dem Verdienstausschlag abweicht, begründen Sie bitte die Differenz. Wenn möglich, reichen Sie bitte entsprechende Nachweise mit ein.

Bitte geben Sie den Bruttoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie den Nettoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung an, die der Arbeitgeber für den Zeitraum der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in Vorleistung erbracht hat.

Bei einem Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot werden nach § 57 IfSG lediglich die Beiträge zur Rentenversicherung erstattet.

2. Monat

*(der Absonderung, des
Beschäftigungsverbots/
Tätigkeitsverbots)*

Bitte geben Sie den Bruttolohn an, auf den der Arbeitnehmer in diesem Monat ohne Absonderung, Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot Anspruch gehabt hätte (Bruttosollentgelt).

Falls der angegebene Bruttolohn vom durchschnittlichen Lohn der beiden letzten Monate vor dem Verdienstausschlag abweicht, begründen Sie bitte die Differenz. Wenn möglich, reichen Sie bitte entsprechende Nachweise mit ein.

Bitte geben Sie den Bruttoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie den Nettoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung an, die der Arbeitgeber für den Zeitraum der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in Vorleistung erbracht hat.

Bei einem Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot werden nach § 57 IfSG lediglich die Beiträge zur Rentenversicherung erstattet.

3. Monat

(der Absonderung, des
Beschäftigungsverbots/
Tätigkeitsverbots)

Bitte geben Sie den Bruttolohn an, auf den der Arbeitnehmer in diesem Monat ohne Absonderung, Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot Anspruch gehabt hätte (Bruttosollentgelt).

Falls der angegebene Bruttolohn vom durchschnittlichen Lohn der beiden letzten Monate vor dem Verdienstausschlag abweicht, begründen Sie bitte die Differenz. Wenn möglich, reichen Sie bitte entsprechende Nachweise mit ein.

Bitte geben Sie den Bruttoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie den Nettoverdienstausschlag des Arbeitnehmers infolge der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in diesem Monat an.

Bitte geben Sie die Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung an, die der Arbeitgeber für den Zeitraum der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots in Vorleistung erbracht hat.

Bei einem Beschäftigungsverbot/Tätigkeitsverbot werden nach § 57 IfSG lediglich die Beiträge zur Rentenversicherung erstattet.

Nachweise

Bitte folgende Nachweise unbedingt beifügen:

- ☐ Lohn-/Gehaltsabrechnungen der Monate der Absonderung, des Beschäftigungsverbots/
Tätigkeitsverbots sowie der beiden Vormonate
- ☐ Behördliche Anordnung des Beschäftigungsverbots/Tätigkeitsverbots
- ☐ Sonstige Nachweise

Datum, Ort

Unterschrift

(Antragstellende bzw. bevollmächtigte Person)

Im Zuge dieses Entschädigungsverfahrens werden die von Ihnen telefonisch, schriftlich oder elektronisch übermittelten personenbezogenen Daten von der zuständigen Behörde gespeichert und verarbeitet. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union.

Erläuterungen

Soweit Sie sonstige Erläuterungen oder Angaben zu Ihrem Antrag tätigen möchten, führen Sie diese bitte hier auf: